

Ludwig Elm

**„... und ich beschloß, sie umbringen
zu lassen“**

**Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
am 15. Januar 2006**

Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V.

TEXTE & ARGUMENTE

„Jetzt will man sie vollends vernichten, diese Frau, deren schwächerer Körper eine so glühende, große Seele, einen so kühnen, glänzenden Geist trägt, und die vor der Geschichte der menschlichen Kultur ruhmvoll bestehen wird, wenn die 42-cm-Helden der militaristischen Barbarei in Verachtung oder Vergessenheit versinken.“

Karl Liebknecht, Armierungssoldat und Untersuchungshäftling, am 17. Juli 1916 in einem Schreiben an das Königl. Gouvernementsgericht Berlin zur erneuten Verhaftung von Rosa Luxemburg

Die hervorragenden Vertreter der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, die führenden Köpfe des Spartakusbundes und Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, wurden am 15. Januar 1919 in Berlin ermordet. Der Sohn Wilhelm Liebknechts, des Kampfgefährten von August Bebel, Karl Marx und Friedrich Engels, der Rechtsanwalt, der Reichstags- und preußische Landtagsabgeordnete, und die in Russisch-Polen verfolgte, zunächst in die Schweiz und dann nach Deutschland emigrierte revolutionäre marxistische Theoretikerin und Publizistin hatten das gemeinsame Geburtsjahr 1871. Sie vollendeten ihre kämpferischen Lebenswege am gleichen Tag, gefangen und wehrlos, durch das Verbrechen bewaffneter und veretzter Täter in den Uniformen des Deutschen Reiches. Wir gedenken ihrer und vergegenwärtigen uns ihr Vermächtnis.

Erst nach dem Ausbruch des Weltkrieges und mit der Abkehr der Mehrheitssozialdemokratie von den Beschlüssen und Erklärungen der SPD und der II. Internationale gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg, die buchstäblich bis zum Vorabend des Kriegsbeginns verkündet worden waren, rückten Liebknecht und Luxemburg enger zusammen. Bedingungsloser Antimilitarismus und großer persönlicher Mut gegenüber bisherigen Weggefährten wie gegen die herrschende Reaktion bildeten die Voraussetzungen dieses hohen Einsatzes. Begleitet von Gleichgesinnten wie Franz Mehring, Clara Zetkin und anderen wurden sie und zahlreiche Mitstreiter von der Militärdiktatur und deren, während der Kriegsjahre unter Wilhelm II. in breitester Front vereinten, politischen Stützen mit Haß, Verleumdungen, Anklagen, Prozessen und Haftstrafen verfolgt.

Ihre Verbundenheit zeitigte eindrucksvolle Zeugnisse der Solidarität. „Was ist mit Liebknecht?“ war ein illegales, von Rosa verfaßtes Flugblatt des Spartakusbundes vom Juni 1916 überschrieben, mit dem gegen das eingeleitete gerichtliche Verfahren und angestrebte Urteil mobilisiert werden sollte. Der „verhaßte Vorkämpfer des Sozialismus, der unbeugsame Verteidiger der Arbeiterklasse“ solle gemeuchelt und von der öffentlichen Bühne beseitigt werden: „Arbeiter! Liebknechts Sache ist eure Sache. In Liebknecht will man euch treffen, euch meucheln, euch zum Verstummen bringen. In Liebknecht soll die Auflehnung des deutschen Proletariats gegen das

Verbrechen des Krieges niedergestampft werden. Werdet ihr das dulden? Nein und tausendmal nein!“

Bereits selbst inhaftiert, protestierte Liebknecht am 17. Juli 1916 dagegen, „daß am 10. Juli meine Freundin Rosa Luxemburg verhaftet“ wurde. Öffentliche Mitteilung darüber werde verhindert und die Schande verhehlt: „Diese Schergen der Freiheit, diese Henker der Wahrheit – das ist das ‚Deutsche Reich‘! Sie sind’s, die im Krieg nach dem Zepter der Welt greifen! Ein Sieg in ihren Händen wäre ein Verhängnis für das deutsche Volk, eine Heimsuchung für die Menschheit.“ Die Macht in Rosa Luxemburg werde die Kerkermauern sprengen und triumphieren.

Karl Liebknecht war als Verfasser der Schrift „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung“ unmittelbar nach ihrem Erscheinen im Frühjahr 1907 vom preußischen Kriegsminister beim Oberreichsanwalt angezeigt und des Hochverrats bezichtigt worden. Die Schrift wurde beschlagnahmt und gegen den Autor Anklage erhoben. Am 12. Oktober 1907 wurde Liebknecht vom Reichsgericht in Leipzig der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens für schuldig erklärt und zu Festungshaft von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt, die er bis zum 1. Juni 1909 auf der Festung Glatz verbüßte. Er widerstand dem nationalistischen und militaristischen Taumel in den Wochen und Monaten des Kriegsbeginns und stimmte am 2. Dezember 1914 im Reichstag als einziger Abgeordneter gegen die Bewilligung der Kriegskredite. Im Mai 1915 erschien sein berühmtes Flugblatt „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“.

Karl und Rosa 1905, 1911 und 1916 in Jena

Wir erinnern daran, daß Luxemburg und Liebknecht in ihrem unermüdlichen und selbstlosen politischen Wirken auch Spuren in der Geschichte Thüringens hinterlassen haben. Auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei im September 1905 in Jena hielt Rosa zwei Reden: Über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften sowie über die russische Revolution und die deutsche Arbeiterbewegung. Die Auseinandersetzung mit ihren innerparteilichen Gegnern bildete – für sie höchst charakteristisch – ein durchgängiges Anliegen, das sie mit Angriffslust, Ironie und zwingenden, präzisen Argumentationen verfolgte. Wir sehen die russische Revolution, sagte sie, und wären Esel, wenn wir daraus nichts lernten: „Heine hat das rote blutige Gespenst heraufbeschworen und gesagt, ihm sei das Blut des deutschen Volkes teurer als – das war der Sinn seiner Worte – dem leichtsinnigen Jüngling Bebel. Ich will die persönliche Frage beiseite schieben, wer mehr berufen und mehr befähigt ist, die Verantwortung zu tragen, Bebel oder der vorsichtige, staatsmännische Heine, aber wir sehen doch an der Geschichte, daß alle Revolutionen mit dem Blut des Volkes erkaufte sind. Der ganze Unterschied ist, daß bis jetzt das Blut des Volkes für die herrschenden Klassen verspritzt wurde, und jetzt, wo von der Möglichkeit gesprochen wird, ihr

Blut für die eigene Klasse zu lassen, da kommen vorsichtige sogenannte Sozialdemokraten und sagen, nein, dies Blut ist uns zu teuer.“ Dabei gehe es augenblicklich nicht einmal darum, den Massenstreik, geschweige denn die Revolution zu proklamieren. Karl Liebknecht sprach in mehreren Diskussionsbeiträgen in Jena zu Gewerkschaften und Maifeier, zum Massenstreik, zur antimilitaristischen Propaganda und zur Klassenjustiz.

Auch an den Debatten eines weiteren sozialdemokratischen Parteitages in Jena vor dem Ersten Weltkrieg, vom 10. bis 16. September 1911, nahmen Karl und Rosa als entschiedene Vertreter des linken Flügels teil. Beide sprachen zur akuten Marokkokrise, den friedensbedrohenden Machtdemonstrationen der Reichsregierung (Kanonenboot nach Agadir) und den darin liegenden Gefahren verschärfter europäischer Spannungen. Rosa Luxemburg kritisierte die unzureichende Aktivität des Parteivorstandes in diesem außenpolitischen Konflikt, der sich in der Tat geschichtlich als ein Markstein auf dem Weg in den Weltkrieg erwiesen hat. Sie hatte auch Anlaß, persönliche Angriffe seitens des Vorstands und aus dem rechten Flügel der Partei abzuwehren. Karl Liebknecht ergriff außerdem das Wort zur Jugendarbeit sowie – als Begründung eines entsprechenden Antrags – zur zaristischen Gewaltpolitik gegen Finnland.

Liegt der hundertste Jahrestag des SPD-Parteitages von 1905 in Jena gerade wenige Monate zurück, so steht der neunzigste eines anderen denkwürdigen Datums in einem Vierteljahr bevor: Die Osterkonferenz vom 23. und 24. April 1916 in Jena, die Karl Liebknecht mit über fünfzig jungen Leuten der sozialistischen und antimilitaristischen Bewegungen aus dem ganzen Reich – darunter aus Erfurt, Gera, Gotha, Jena und Weimar – illegal zusammenführte. Karl Liebknecht war bereits Pfingsten 1911 Redner auf der Kundgebung des 2. Thüringer Arbeiterjugendtages in Ilmenau gewesen. In seinen Notariatsräumen in Berlin beriet er am 1. Januar 1916 mit einem kleinen Kreis gesinnungsverwandter Sozialdemokraten den weiteren Kampf gegen Krieg und Militarismus, der den Hauptinhalt des Treffens in Jena bildete.

Aus Thüringen hatte an der Beratung am Neujahrstag der Jugendfunktionär Curt Böhme aus Jena teilgenommen. Er erhielt von Liebknecht nach Abschluß der Jenaer Osterkonferenz – während der Rückkehr vom Spaziergang zum Jenzig am Ostermontag – das Manuskript für das Antikriegsflugblatt zum 1. Mai zur Herstellung und Verbreitung. Es wurde – wie bereits das Flugblatt Liebknechts vom Mai 1915 – unter strengster Geheimhaltung bei dem Sozialdemokraten August Gretscher in Jena-Ost (heutige Karl-Liebknecht-Str. 85) gedruckt, nach Berlin gebracht und dort verteilt. Böhme wurde noch im gleichen Jahr unter militärische Schutzhaft gestellt und von der sozialdemokratischen Parteiführung gemäßregelt. Der spätere sozialdemokratische Landtagsabgeordnete (1924–1931) war 1944/45 wiederum Häftling, nunmehr im Polizeigefängnis Jena und im KZ Buchenwald; von 1948 bis 1956 wirkte Böhme als Oberbürgermeister von Gera. Weitere Konferenz-Teilnehmer verbüßten Haftstrafen, wurden Kriegsoffer oder gingen ebenfalls den Weg in den Widerstand gegen den

Faschismus, der zu erneuter Verfolgung und Haft – im Fall von Georg Schumann bis zur Hinrichtung in Dresden am 11. Januar 1945 – führte.

Verlauf und Beschlüsse der Jenaer Osterkonferenz waren von den antimilitaristischen und internationalistischen Positionen der kämpferischen Linken in der europäischen Arbeiter- und Friedensbewegung geprägt. In der angenommenen Resolution hieß es: „Die deutsche Jugendkonferenz bekennt sich heute während des Weltkrieges mit besonderem Nachdruck zum Antimilitarismus im Sinne der Beschlüsse der internationalen Jugendkonferenzen von Stuttgart (1907), Kopenhagen (1910), Bern (1915). Heute, während des Weltkrieges, ist es die vornehmste Aufgabe auch der proletarischen Jugendbewegung, mit allen Kräften und Mitteln den Krieg zu bekämpfen und die durch ihn geschaffenen Verhältnisse auszunutzen, um den Zusammenbruch der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“ Abschließend wurde appelliert, die bevorstehenden Maifeiern als Friedensdemonstrationen zu gestalten.

Das von Liebknecht verfaßte Flugblatt „Auf zur Maifeier!“ ging davon aus, daß der 1. Mai zum zweiten Mal „über dem Blutmeer der Massenmetzelei“ aufsteige und die sozialistische Internationale darniederliege. Es rief zum Widerstand gegen die Kriegspolitik, ihre Opfer und sozialen Folgen, auf und schloß mit dem Appell: „Fort mit den ruchlosen Verbrechen des Völkermordes! Nieder mit seinen verantwortlichen Machern, Hetzern und Nutznießern! Unsere Feinde sind nicht das französische, russische oder englische Volk, sondern das sind deutsche Junker, deutsche Kapitalisten und ihr geschäftsführender Ausschuß: die deutsche Regierung! Auf zum Kampfe gegen diese Todfeinde jeglicher Freiheit, zum Kampfe um alles, was das Wohl und die Zukunft der Arbeitersache, der Menschheit und der Kultur bedeutet!“ Das Flugblatt und Liebknechts Aufrufe gegen den Krieg und die Regierung am Abend des 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz in Berlin führten zu Verhaftung, Prozeß und erneuter Verurteilung zu zweieinhalb Jahren Haft, die er bis Oktober 1918 im Zuchthaus Luckau verbüßte, und die ausgefüllt waren mit dem Abfassen von Briefen, Eingaben, Mitteilungen und Artikeln.

Die Namen von Rosa und Karl haben auch deshalb ihre Strahlkraft behalten, weil unterschiedliche, ja gegensätzliche Traditionslinien vom damaligen Geschehen über die folgenden Jahrzehnte mit ihren Erschütterungen, Verbrechen und Opfern bis in die Gegenwart führen. Die Persönlichkeit Rosa Luxemburgs bildete in der Tat für die deutsche Rechte aller Schattierungen eine schwer erträgliche Herausforderung: jüdisch, marxistisch, „ausländisch“, wissenschaftlich gebildet, erfolgreiche Autorin und Rednerin. Sie erwies sich als dermaßen emanzipiert und couragiert, daß sie sich schon als junge Frau selbst durch die an Alter, Ämtern und Auszeichnungen überlegenen Männer nicht mehr autoritär und patriarchalisch beeindrucken und bevormunden ließ. Kaum ins Deutsche Reich gekommen, sah sie sich 1898 bereits als „jüdisches Frauenzimmer“ von den vordrängenden, organisierten und aggressiv auftretenden Antisemiten rassistisch attackiert.

Chancen und Glorifizierung eines Täters 1919 bis 1970

Die Kontinuitäten über die zurückliegenden 87 Jahre werden in diesem Land auch auf der Täterseite eklatant sichtbar. Waldemar Pabst, Hauptmann und Stabchef der Gardekavallerieschützendivision, Kommandeur des Tätertrupps im Eden-Hotel, Berlin, und Hauptverantwortlicher der Exzesse vom 15. Januar 1919, realisierte den Mordaufruf der Antibolschewistischen Liga vom Dezember 1918, in dem gegen Spartakus gehetzt und gefordert wurde: „Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht!“ Pabst absolvierte nach jenen Morden eine antirepublikanische und rechtsextreme Karriere, die für größere Kreise mit vergleichbarer Herkunft, Prägung und Statusproblemen seit dem Ende von Krieg und Monarchie charakteristisch war. Es geht um eine soziale und politische Gruppe, die schließlich erheblich zum Aufkommen des Faschismus und zum Scheitern der Weimarer Republik beitrug. Pabst war 1920 führend am Kapp-Putsch beteiligt, agierte in und mit konterrevolutionären bis präfaschistischen Zusammenschlüssen wie Antibolschewistische Liga, Einwohnerwehren, Juniklub, Nationale Vereinigung, Nationalklub und Gesellschaft zum Studium des Faschismus (1931–1933). Vorsitzender der Letzteren war übrigens Karl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, der mit Pabst auch im Nationalklub verbunden war. An antidemokratischen Umtrieben in Tirol und Österreich beteiligt, pflegte der berufsmäßige Staatsterrorist Ende der zwanziger Jahre auch Verbindungen zum längst von ihm geschätzten italienischen Faschismus.

Nach 1945 konnte Pabst seine fürs bürgerliche Deutschland des vergangenen Jahrhunderts ziemlich normale Karriere als Geschäftsmann in Düsseldorf fortsetzen. In einem Interview mit dem neofaschistischen „Studenten-Anzeiger“ (München) vom 15. Januar 1962, äußerte er, den Mord an Liebknecht und Luxemburg bewußt geplant zu haben, und bekannte sich uneingeschränkt zu der Tat. Auf einer Versammlung der KPD habe er beide reden hören und den Eindruck gewonnen, daß sie die geistigen Führer der Revolution seien, „und ich beschloß, sie umbringen zu lassen.“ Das sei auch moralisch-theologisch vertretbar gewesen: „Entscheidend ist und war einzig und allein: Bestand die Notwendigkeit, die unter erheblichen Mühen gefangengenommenen führenden Kommunisten ... dasjenige Ende finden zu lassen, mit dem jeder Führer einer Revolution im Verlauf von Straßenkämpfen zu rechnen hat? Ich muß diese Notwendigkeit, und zwar im allerhöchsten Maße, für die damalige Situation bejahen.“ Hier wurde der faschistische Umgang mit politischen Gegnern und rassistisch Verfolgten, der schließlich in die Vernichtungsorgien zahlreicher KZ, sonstiger Haftanstalten und Tatorte sowie in unzählige Geisel- und Gefangenenmorde mündete, vorweggenommen. Tatsächlich führt in der deutschen Geschichte ein durchgehender blutroter Faden vom 15. Januar 1919 bis zum Tag der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar 1945 sowie schließlich zum Ende der Barbarei am 8. Mai 1945.

Pabst hatte die dreiste Rechtfertigung des Mordes im antikommunistischen Klima der Bundesrepublik als für sich selbst ungefährlich angesehen, und er behielt darin recht. Sowohl vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) als auch von Rechtsanwalt Friedrich Karl Kaul – im Auftrag der Witwe Sophie Liebknecht – waren Strafanzeigen gegen Pabst wegen der öffentlichen Billigung von Mord gestellt worden. Die Ermittlungen wurden ergebnislos eingestellt. Die zuständigen Juristen konnten sich durch einen dieses Verhalten billigenden Kommentar im regierungsoffiziellen Bulletin vom 8. Februar 1962 bestärkt und bestätigt sehen. Anlässlich des Ablebens des fast neunzigjährigen Pabst (29. Mai 1970) hieß es über ihn in einem in der „Welt“ veröffentlichten Nachruf: „Ein im Krieg und Frieden ganz besonders verdienter Offizier, ein begeisterter Soldat ging in Gottes ewigen Frieden ein nach einem kämpferischen Dasein, in dem er ohne Rücksicht auf Gunst oder Mißgunst den Weg ging, den er für sein Vaterland und für die freie Menschheit für richtig hielt.“

Der an der Humboldt-Universität wirkende Historiker Heinrich August Winkler erwähnte in einem im Jahr 2000 erschienen Abriß deutscher Geschichte vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis 1933 den Mord und die milden Haftstrafen für zwei Mitäter bei völliger Straflosigkeit der Hauptverantwortlichen, und fügte hinzu: „Die ermordeten kommunistischen Führer waren mitverantwortlich für das Blut, das während der Januarkämpfe vergossen wurde. Das galt vor allem für Karl Liebknecht, der wider alle Vernunft zum Sturz der Regierung aufgerufen hatte.“ Rosa Luxemburg habe die revolutionären Massen gepriesen, obwohl diese der „besseren Einsicht der sozialistischen Theoretikerin“ zuwidergehandelt hätten. Winkler äußert dieses Verdikt über revolutionäres Handeln um die Jahreswende 1918/19 in Kenntnis sowohl der Vorgeschichte der bürgerkriegsartigen Erschütterungen seit 1914 als auch der katastrophalen mittel- und langfristigen Wirkungen des damaligen Triumphs einer rachsüchtigen und mörderischen Gegenrevolution. Der staatstragende Historiker teilt den antikommunistischen Grundkonsens der Herrschenden und ihren Anspruch auf die Legitimität der Restauration und Kontinuität ihrer Besitzstände, Privilegien und Leitbilder.

Internationalismus und Menschlichkeit angesichts eines Genozids im frühen 20. Jahrhundert

An einem Thema der heutigen internationalen Geschichtsdiskussion sei exemplarisch illustriert, auf welches internationalistische und humanistische Erbe wir im Wirken von Karl und Rosa zurückgreifen können. Es geht um den Massenmord an der armenischen christlichen Minderheit in der Türkei während des Ersten Weltkrieges 1915/16 sowie dessen heutige Darstellung und Bewertung, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem vorzubereitenden, umstrittenen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. Das damalige Verbrechen in dem mit dem Deutschen Reich verbünde-

ten und wirtschaftlich wie militärisch eng verflochtenen Osmanischen Reich hatte eine jahrzehntelange Vorgeschichte in Gestalt von Pogromen, Massakern und Repressionen. Im Oktober 1896 schrieb Rosa Luxemburg auf Grund solcher Anlässe eine Artikelserie in der in Dresden erscheinenden Sächsischen Arbeiter-Zeitung zur Situation in der Türkei und zu deren inneren nationalen Konflikten. Sie kam zu dem Schluß, daß die Sozialdemokratie prinzipiell immer auf Seiten der freiheitlichen Bestrebungen stehe: „Die christlichen Nationen, gegebenenfalls die Armenier, wollen sich von dem Joch der türkischen Herrschaft befreien, und die Sozialdemokratie muß sich rückhaltlos für ihre Sache erklären.“ Ihre fundierte und folgerichtige Position wurde von Wilhelm Liebknecht im Zentralorgan „Vorwärts“ angegriffen, was Luxemburg zu einer Erwiderung und einer prinzipiellen Kritik an der Türkei-Politik sozialdemokratischer Führungskreise veranlaßte.

Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist es nicht uninteressant, am Beispiel dieses erheblichen historisch-politischen Themenkreises die Namenspatronin der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit einem ihrer prominenten Zeitgenossen, dem Namensgeber einer anderen parteinahen Stiftung in der Bundesrepublik, zu vergleichen. Der Pfarrer, Publizist und Politiker Friedrich Naumann (1860–1919) war in jener Zeit Vorsitzender des Nationalsozialen Vereins (1896–1903), gehörte danach den Führungsgremien freisinniger Parteien und in seinem letzten Lebensjahr dem Gründerkreis der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) der Weimarer Republik an. Nicht zuletzt unter dem Einfluß des ersten Bundespräsidenten, Theodor Heuß, erhielt die FDP-nahe Stiftung seinen Namen. Naumann verfolgte das widersprüchliche Konzept einer sozialliberalen inneren und großmachtpolitischen äußeren Orientierung des Deutschen Reiches. Die Arbeiterschaft sollte auf diesem Wege gesellschaftlich integriert sowie als Träger der Monarchie und „nationaler“ äußerer Macht- und Interessenpolitik formiert werden. Damit wollte Naumann als entschiedener Anhänger des deutschen Kaisertums und weltweiter deutscher Expansionspolitik den bestimmenden Einfluß der junkerlich-aristokratischen und rechtskonservativen Kreise auf Wilhelm II. und die Reichsregierung zurückdrängen. Bedingungslos stellte er sich hinter die koloniale Expansion, die Flotten- und Heeresrüstung und den Drang nach deutscher Weltgeltung. Nicht zufällig setzte sich das widerspruchsvolle Programm Naumanns in den späteren unterschiedlichen bis gegensätzlichen Wegen damaliger junger Schüler und Anhänger wie der Journalisten Theodor Heuß und Otto Nuschke fort.

Seinem strategischen Konzept folgend, unterstützte der politisierende und publizierende Pfarrer Naumann bedingungslos die Nahostpolitik des Kaisers sowie der Reichs- und Heeresleitung, die inzwischen längst zu einem Hauptweg der Militärbündnisse und der Expansion des deutschen Kapitals geworden war. Von ihnen übernahm er die Verharmlosung oder gar Rechtfertigung türkischer Repressionen und Pogrome gegen die christliche armenische Minderheit. Das löste unter seiner überwiegend protestantischen Anhängerschaft wiederholt empörten Widerspruch und scharfe Kontroversen aus. In der von ihm herausgegebenen Wochenschrift „Die Hil-

fe“ vom 18. September 1898 wandte sich Naumann gegen solche kritischen Stimmen und plädierte dafür, die „alte preußische Politik der Türkenfreundschaft“ fortzusetzen, um „beim Zerfall der Osmanenmacht unsere Hand im Spiel“ zu haben. Er verstieg sich zu einer skrupellosen Rechtfertigung seiner eigenen Haltung mit den Worten: „Es handelt sich bei den Armeniern weniger darum, daß sie Christen sind, als daß sie Armenier sind.“ Es läge bei den Engländern, die Armenier zu vertreten. Während des Weltkrieges mündete das Wirken Naumanns in die berüchtigte Schrift „Mitteleuropa“. Als publizistisch-propagandistischer Gehilfe des Reichsamtes des Innern, des Auswärtigen Amtes, der Obersten Heeresleitung und weiterer nationalistischer und militaristischer Institutionen und Verbände entwickelte er eine große Geschäftigkeit für die deutschen Waffen. Er ist mit seinen nationalistischen, monarchistischen und militaristischen Leitbildern und Bestrebungen durchaus repräsentativ für den Niedergang und selbst für tragikomische Irrwege des deutschen „Liberalismus“.

Heinrich Vierbücher war als Dolmetscher und Übersetzer 1915 bis 1918 in der Türkei Augen- und Ohrenzeuge der Verbrechen an den Armeniern geworden. Als Aktivist in der gewerkschaftlichen und der Friedensbewegung in der Weimarer Republik sowie als Antifaschist veröffentlichte er nach Reden und Aufsätzen zu diesem Problemkreis 1930 die Schrift „Armenien 1915. Was die kaiserliche Regierung den deutschen Untertanen verschwiegen hat. Die Abschachtung eines Kulturvolkes durch die Türken“, neu veröffentlicht 2004 im Donat Verlag, Bremen. Die an historisch-politischen Fakten, an Zeugen und eigenen Erfahrungen reiche und eindringliche Darstellung übte scharfe Kritik an der Politik von Kaiser und Reichsregierung sowie Deutscher Bank und Krupp als Nutznießern der nahöstlichen Expansionslinie des Deutschen Reiches. Vierbücher nannte Friedrich Naumann unter denjenigen, die „in Deutschland über das türkische Problem eine Meinungsfabrikation betrieben, die an Gefährlichkeit mit der Arbeit der Alldeutschen wetteiferte.“ Und: „Kein Wort der Verurteilung fand der Herr Pfarrer für den ihm zweifellos bekannten Armeniermord von 1915.“

Auf dem Höhepunkt des Verbrechens in der Türkei brachte Karl Liebknecht Anfang 1916 im Reichstag die Anfrage ein: „Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß während des jetzigen Krieges im verbündeten türkischen Reiche die armenische Bevölkerung zu Hunderttausenden aus ihren Wohnsitzen vertrieben und niedergemacht worden ist? Welche Schritte hat der Herr Reichskanzler bei der verbündeten türkischen Regierung unternommen, um die gebotene Sühne herbeizuführen, die Lage des Restes der armenischen Bevölkerung in der Türkei menschenwürdig zu gestalten und die Wiederholung ähnlicher Greuel zu verhindern?“ Dem Reichskanzler sei bekannt, antwortete der Vertreter des Auswärtigen Amtes am 11. Januar 1916 im Reichstag, „daß die Pforte vor einiger Zeit, durch aufrührerische Umtriebe unserer Gegner veranlaßt, die armenische Bevölkerung bestimmter Gebietsteile des türkischen Reiches ausgesiedelt und ihr neue Wohnstätten angewiesen hat.“ Dazu fände „wegen gewisser

Rückwirkungen dieser Maßnahme“ ein Gedankenaustausch zwischen beiden Regierungen statt.

Angesichts der völlig unbefriedigenden Entgegnung bat Liebknecht unter „Heiterkeit“ im Hause (! – L. E.) um das Wort zur Ergänzung und fragte: „Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß Professor Lepsius geradezu von einer Ausrottung der türkischen Armenier gesprochen – (Glocke des Präsidenten. Redner versucht weiterzusprechen. – Rufe: ‚Ruhe! Ruhe!‘)“. Liebknecht wurde zu diesem Thema das Wort entzogen. Die Reichsregierung hatte die verlogene türkische Darstellung der Konflikte übernommen. Sie war nicht bereit, inmitten des Krieges einer verbündeten Macht gegenüber ernsthaft auf der Klärung dieser Fragen oder gar einer Initiative zugunsten der armenischen Minderheit zu bestehen. Rund ein Jahrhundert später nehmen es deutsche Bundesregierungen aus Staatsräson und wiederum unter Zurücksetzung humanitärer Erwartungen hin, daß türkische Politiker andauernde Verbrechen gegen die kurdische Bevölkerung leugnen oder mit Fälschungen zu rechtfertigen suchen.

Das Anliegen Liebknechts wurde von keinem weiteren Abgeordneten der sozialdemokratischen oder einer anderen Fraktion unterstützt. Das Deutsche Reich lud auch aufgrund der engen militärischen Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung endgültig eine erhebliche Mitschuld an den von Staats wegen organisierten Verbrechen an einer Minderheit auf sich, denen nach heutigen begründeten Schätzungen eine bis anderthalb Millionen Menschen zum Opfer fielen. Die Namen einzelner mutiger Helfer wie Pfarrer Johannes Lepsius (1858–1926) aus Halle und Karen Jeppe (1876–1935) aus Dänemark verdienen Erinnerung und Würdigung. Das gilt für die Politiker und Publizisten verschiedener Länder, die sich bei ihrem Engagement gegen Anfeindungen und Ausgrenzungen vom vorrangigen Maßstab elementarer Menschenrechte für Minderheiten und Schwächere leiten ließen. In dem von der Fraktion der CDU/CSU im Februar 2005 im Bundestag eingebrachten Antrag zum Gedenken an die armenischen Opfer (Drucksache 15/4933) wird die einzige kritische Intervention im Reichstag – die von Karl Liebknecht – ebensowenig erwähnt wie das historisch-politische und moralische Versagen der je eigenen Vorgängerparteien und deren politischer Repräsentanten. Das gilt auch für alle Reden der Fraktionen in der dazu am 21. April 2005 im Bundestag geführten Debatte. Bei Geschichtsdiskussionen im politischen Raum finden – entgegen oft vollmundiger Appelle an die Adresse politischer Gegner – Wahrheitsliebe und Objektivität immer wieder ihre parteipolitischen und ideologischen Grenzen.

* * *

Am Beginn des Jahres 2006 können wir feststellen, daß in den intensiven geschichts-ideologischen Auseinandersetzungen seit Anfang der neunziger Jahre gegen einen massiven antikommunistischen Druck Namen und Symbole der besten sozialdemo-

kratischen, kommunistischen und antimilitaristischen Traditionen verteidigt werden konnten. In Erfurt, Gera, Jena, Suhl, Weimar und anderen Städten und Gemeinden Thüringens tragen weiterhin Straßen die Namen von August Bebel, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin. Sehen wir unsere Aufgabe darin, diese wichtigen äußeren Zeichen unseres Erbes mit Inhalt, mit dem Wissen über das Wollen und Wirken jener Sozialisten und Kriegsgegner zu erfüllen und ihr ideell-politisches Vermächtnis in die heutigen Auseinandersetzungen einzubringen. Die parteinahe Stiftung der Linkspartei hat nun auch in Thüringen den Namen Rosa Luxemburgs angenommen. Damit wird ein hoher aufklärerischer und kultureller Anspruch bekundet, dem – wie die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen – auch in den eigenen Reihen keineswegs selbstverständlich oder gar im Selbstlauf, ohne nachdrückliches Bemühen, entsprochen werden kann. Mögen von Begegnungen wie der heutigen Anstöße für diese Anliegen ausgehen, ohne deren Verwirklichung auf Dauer die unverzichtbare geistig-kulturelle Dimension einer kapitalismuskritischen und sozialistischen Alternative weder behauptet noch erfolgreich verwirklicht werden kann.

Für den Druck bearbeitete Fassung einer Ansprache auf einer gemeinsamen Veranstaltung von DGB, Jungsozialisten, Linkspartei.PDS, SPD und WASG zum Gedenken an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, 15. Januar 2006, Erfurt.

Mit Genehmigung des Autors herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V., K.-Kollwitz-Str. 6, 07743 Jena (www.rosa-luxemburg-stiftung-thueringen.de).

V.i.S.d.P.: Vera Haney